

# IFK aktuell

II/05 der Reihe Info-Aktuell zur Sicherheitspolitik

INSTITUT FÜR FRIEDENSSICHERUNG UND KONFLIKTMANAGEMENT  
DER LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN



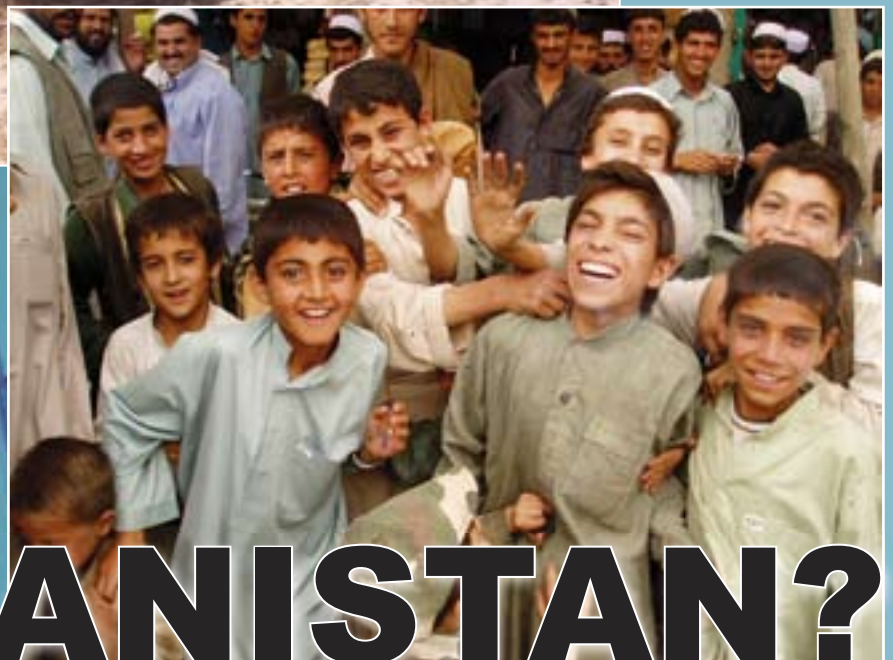
## Inhalt

- Seite 1  
Zukunft für Afghanistan?
- Seite 1  
Ein Land im Schatten von  
Großmächten
- Seite 5  
Neubeginn durch das  
Bonner Abkommen
- Seite 9  
Hauptexportgut: Drogen
- Seite 10  
Verfassung und Wahlen

## Zukunft für...



Fotos: BMLV/Wohlgemuth



# AFGHANISTAN?



OKTOBER 2005



Die Erstausgabe von **IFK aktuell** (1/03) beleuchtete die militärspezifischen Aspekte des US-Armeeinsatzes ("Operation Iraqi Freedom") im **Irak** und analysierte die Perspektiven und Entwicklungsoptionen für Demokratie und Frieden im Zweistromland.



Von der Welt kaum beachtet wütet bereits seit 1999 der zweite Krieg in der russischen Republik **Tschetschenien**.

Nach dem tödlichen Attentat auf Präsident Kadyrow ist ein Friede vermutlich ferner denn je.



Obwohl am 9. Jänner 2005 zwischen Nord- und Südsudan ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet wurde, bleibt der Sudan in den internationalen Schlagzeilen. In diesem riesigen Land bestehen nämlich mehrere ungelöste Konflikte, die immer wieder aufflammen.

## Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.

IFK aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Sie wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLV) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte. Die Inhalte von IFK aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLV unter:

[www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml](http://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml)

Der Institutsleiter  
Dr. Walter FEICHTINGER  
Brigadier

## Inhaltsverzeichnis

<b>Zukunft für Afghanistan?</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Ein Land im Schatten von Großmächten</b>	<b>Seite 1</b>
Staatsstrieche...	Seite 1
...Krieg...	Seite 3
...und Bürgerkrieg	Seite 3
Aufstieg und Fall der Taliban	Seite 3
<b>Neubeginn durch das Bonner Abkommen</b>	<b>Seite 5</b>
Internationale Hilfe	Seite 5
Militärischer Schutz für das Land	Seite 5
Österreichs Beteiligung an der ISAF	Seite 6
Hilfe beim Wiederaufbau des Staates	Seite 6
Provincial Reconstruction Teams	Seite 7
Weiterentwicklung des Konzeptes...	Seite 7
...und neue Schwerpunkte	Seite 8
<b>Hauptexportgut: Drogen</b>	<b>Seite 9</b>
<b>Verfassung und Wahlen</b>	<b>Seite 10</b>
Vorerst nur Präsidentschaftswahlen	Seite 11
Bezirkswahlen wieder verschoben	Seite 12

## Zukunft für Afghanistan?

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 verschwand Afghanistan weitgehend aus den internationalen Medien. Über den Bürgerkrieg und die Herrschaft der Taliban wurde nur sporadisch berichtet. In Zusammenhang mit den Terroranschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 wurde Afghanistan als Operationsbasis Osama bin Ladens und al Kaidas genannt. Die meisten Menschen nahmen jedoch davon fast keine Notiz – Afghanistan war ein weit entferntes Land.

Erst 2001 kehrte das Land in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit zurück. Die Zerstörung der Buddha-Statuen von Bamjan durch die Taliban im März erregte international Aufsehen. Bilder von den terroristischen Angriffen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington am 11. September gingen um die Welt. Schnell war klar, dass Osama bin Laden und die von ihm geführte al Kaida für den Anschlag verantwortlich waren. Ihre enge Zusammenarbeit mit den Taliban wurde in fast allen Medien der Welt diskutiert. Radikaler Islamismus und Terrorismus veränderten unser Leben – von den Maßnahmen zur Verhinderung von Terroranschlägen sind wir alle betroffen.

---

**„Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“**

Deutschlands Verteidigungsminister Peter Struck

---

Terrorismusbekämpfung muss jedoch auch aktiv betrieben werden. Nachdem die Taliban sich nach 9/11 weigerten, bin Ladenauszuliefern, beschloss Washington in Afghanistan militärisch zu intervenieren. Ziel war ein Regierungswechsel – ein Regime, das Terroristen Zuflucht gewährte und deren Ausbildungslager auf seinem Territorium duldet, war inakzeptabel.

Erst im Laufe der Militäraktion wurde der internationalen Gemeinschaft bewusst, dass viel mehr als ein Regierungswechsel in Afghanistan notwendig war. Im Land gab es praktisch keine staatlichen Strukturen – dieser „Failed State“ musste von Grund auf neu errichtet werden. Für einfachste Infrastruktur, wie Straßen oder Wasserversorgung, für Schulen musste gesorgt werden – Aufgaben, die das Land nicht alleine bewältigen konnte und kann. Die internationale Gemeinschaft hat nun die Aufgabe übernommen, der afghanischen Bevölkerung

ein erträgliches Leben in Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen. Nach wie vor bauen die Bauern mangels Alternativen Schlafmohn an – die daraus gewonnenen Drogen werden exportiert. Nach wie vor vertrauen sich Afghanen Menschenhändlern an, weil sie ein Leben frei von Not und Gefahr führen wollen. Nach wie vor werden Gebiete in Afghanistan von Kämpfern der Taliban und der al Kaida kontrolliert. Eine dauerhafte Verbesserung der Gesamtsituation ist nur durch massive Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft möglich.

## Ein Land im Schatten von Großmächten

Der Begriff „Afghanistan“ als Landesbezeichnung setzte sich erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch. Die „herrschaftslose“ Pufferzone zwischen Russland, Britisch-Indien und Persien wurde so genannt. Davor wurde vom „Königreich Kabul“ gesprochen. Darunter verstand man jedoch vor allem die Stammesgebiete der Paschtunen, die im Süden und Osten des heutigen Afghanistan und im Norden Pakistans liegen.

Die Rivalität der Kolonialmächte Russland und Großbritannien prägte das Land im 19. Jahrhundert. Afghanistan führte in dieser Zeit zwei Kriege gegen die Briten und fügte ihnen dabei 1842 die größte Niederlage ihrer Kolonialgeschichte zu. Am Ende wurde Afghanistan jedoch ein halbautonomes Protektorat Britisch-Indiens.

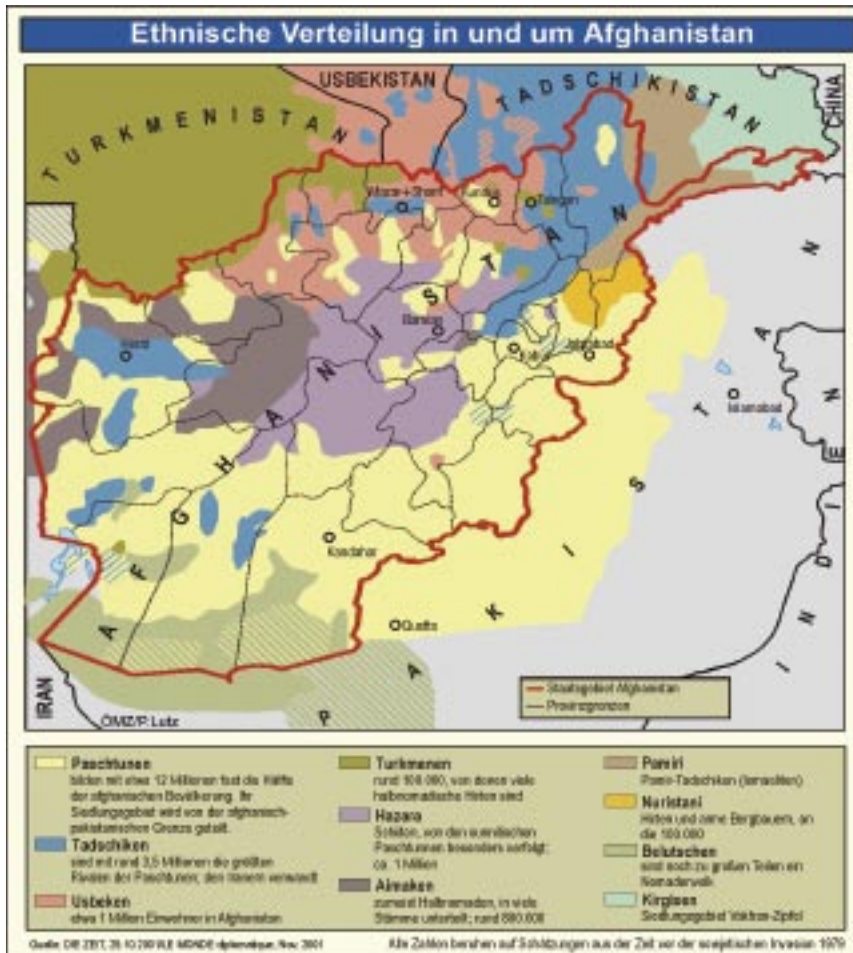
Abdur Rahman (Regierungszeit 1880 – 1901) baute staatliche Strukturen auf. Während seiner Herrschaft legten die Kolonialmächte Russland und Großbritannien auch Afghanistans Grenzen fest. Amanullah (Regierungszeit 1919 – 1929) erreichte durch einen weiteren Krieg gegen die Briten die völlige Souveränität des Landes und richtete eine konstitutionelle Monarchie ein.

Unter der Herrschaft Zahir Schahs (1933 – 1973) begannen gezielte Entwicklungsbemühungen. 1964 wurde eine Verfassung mit Ansätzen eines westlichen Parlamentarismus verabschiedet. Eine bündnisfreie Außenpolitik sicherte Aufbauhilfe aus Ost und West, aber auch sowjetische Militärhilfe.

## Staatsstreiche...

Mohammed Daud stürzte Zahir Schah 1973. Er erklärte Afghanistan zur Republik und regierte weitgehend diktatorisch. Durch einen Staatsstreich





Afghanistan ist ein Land der kulturellen, sprachlichen und ethnischen Vielfalt. Umliegende Staaten und durchziehende Völker beeinflussten Jahrhunderte lang die Entwicklung des Landes.

Die Angaben, wie viele Ethnien es neben den großen Volksgruppen in Afghanistan gibt, schwanken zwischen 50 und 200. Einer der Gründe dafür ist, dass für die Afghanen der Bezug zu ihrem Stamm oder ihrer Familie wichtiger ist als ethnische Identität. Oft leben in einem Gebiet mehrere ethnische Gruppen nebeneinander, was die Unterscheidung erschwert. Die letzte Volkszählung wurde 1979 durchgeführt, dabei unterliefen den Behörden jedoch zahlreiche Fehler. Angaben über die Stärke von Ethnien sind daher ungenau.

### Basisdaten Afghanistan

Name: Islamische Republik Afghanistan (Jomhuri-ye Eslami-ye Afghanistan)  
 Größe: 647.500 km<sup>2</sup>  
 Bevölkerung: 29,9 Millionen (Schätzung Juli 2005)  
 Sprachen: Dari (Amtssprache), Paschtu (Amtssprache), Turksprachen (vor allem Usbekisch und Turkmenisch), Andere (etwa 30 Sprachen, vor allem Belutschi)  
 Ethische Gruppen: Paschtunen, Tadschiken, Hazaras, Usbeken, Aimaken, Turkmenen, Belutschen  
 Religion: 80% sunnitische Moslems, 19% schiitische Moslems, 1% andere  
 Staatsoberhaupt und Regierungschef: Hamid Karzai  
 Lebenserwartung: Männer 42, Frauen 43 Jahre (Schätzung 2005)  
 Hauptexportgüter: Opium, handgewebte Teppiche, Trockenfrüchte und Nüsse, Wolle, Baumwolle, Felle, Edelsteine und Halbedelsteine  
 BIP pro Kopf (Kaufkraft auf Dollarbasis, Schätzung 2003): 800  
 Wirtschaftswachstum: 7,5% (Schätzung 2004)

übernahm die kommunistische Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1978 die Macht. Mohammed Taraki wurde Präsident und Afghanistan eine „Demokratische Republik“.

Schon kurz nach ihrer Machtübernahme initiierten die afghanischen Kommunisten Reformen. Ziel war es, die Macht der traditionellen Eliten zu beseitigen. Eckpfeiler ihres Programms waren eine Landreform, eine Alphabetisierungskampagne und Maßnahmen zur Besserstellung der Frauen in der Gesellschaft. Traditionen und wirtschaftliche Gegebenheiten wurden dabei nicht beachtet, was in der Bevölkerung Unmut hervorrief.

Parallel zur Umsetzung der Reformen ging die Regierung gegen ihre Gegner vor. Schon unmittelbar nach der Machtübernahme setzten Verhaftungswellen ein, zwischen 50.000 und 100.000 Menschen wurden hingerichtet. Schon im Oktober 1978 kam es zu ersten Aufständen, die sich in den folgenden Monaten auf das ganze Land ausdehnten. Die Regierung verlor zunehmend die Kontrolle über ganze Provinzen, Einheiten der Armee schlossen sich den Aufständischen an.

Die UdSSR unternahm Schritte zur Unterstützung des

Regimes in Afghanistan, wie zum Beispiel die Entsendung von 5.000 Militär- und Zivilexperten. Innerhalb der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) tobten jedoch heftige Macht- und Flügelkämpfe. Diese gipfelten in der gewaltsamen Absetzung und späteren Ermordung Tarakis im September 1979. Vizepräsident Hafizullah Amin übernahm die Macht.

### **...Krieg...**

Moskau vermutete, Amin habe zur Stärkung seiner Position Kontakte zu den USA und radikalen Islamisten aufgenommen. Im Kreml wurde eine direkte Intervention in Afghanistan beschlossen. Am 24. Dezember 1979 begann die sowjetische Intervention. Amin wurde erschossen, Babrak Karmal als Präsident eingesetzt. Innerhalb weniger Wochen standen 85.000 sowjetische Soldaten in Afghanistan.

Die Rote Armee stieß in Afghanistan auf erbitterten Widerstand durch Mujahedin – islamische Guerillakämpfer, die schon die einheimischen Kommunisten bekämpft hatten. Die sowjetischen Truppen konnten das Land niemals voll unter Kontrolle bringen. Die USA, Pakistan, Saudi-Arabien und China versorgten die Mujahedin mit Waffen und Geld. Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der KPdSU, nannte den Krieg in Afghanistan 1986 eine „blutende Wunde“ der UdSSR. Er ersetzte Karmal durch Mohammed Najibullah, bis dahin Leiter des Geheimdienstes. Dieser galt als moskautreuer, sollte endlich die DVPA einigen und Ruhe in Afghanistan schaffen.

Gorbatschow kündigte November 1986 den Rückzug der Roten Armee an. Am 14. April 1988 unterzeichneten Afghanistan, Pakistan, die USA und die UdSSR in Genf ein Abkommen. Kabul und Islamabad verpflichteten sich darin, eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes zu unterlassen. Weiters sah der Vertrag den Abzug der sowjetischen Truppen vor. Der Rückzug der Roten Armee wurde am 15. Februar 1989 abgeschlossen, allerdings hielten Washington und Moskau die Unterstützung der Regierung bzw. der Mujahedin aufrecht. Erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR 1991 wurden alle Waffenlieferungen nach Afghanistan eingestellt.

Ohne Unterstützung von außen konnte sich das Regime nicht mehr lange halten. Najibullah gab am 18. März 1992 bekannt, er werde nach der Bildung einer Übergangsregierung unter UN-Aufsicht zurücktreten. Die Mujahedin stürmten Kabul, Najibullah flüchtete

mit einigen Begleitern in ein UN-Gebäude. Dieses sollten sie erst nach der Machtübernahme der Taliban 1996 wieder verlassen – sie wurden hingerichtet.

### **...und Bürgerkrieg**

Die Mujahedin waren niemals eine homogene Gruppe, sondern in über 80 Widerstandsgruppen zersplittert. Anfang der achtziger Jahre entwickelten sich daraus sieben große Parteien, die sich in ihren politischen Zielen, religiöser Ausrichtung und ethnischer Zusammensetzung unterschieden. Alle diese Gruppen einte nur der Kampf gegen das kommunistische Regime in Kabul und die sowjetischen Besatzungstruppen. Ein Bürgerkrieg nach dem Sieg war daher zu erwarten.

---

***„No one should have had any illusions about these people coming together politically – before or after Soviet defeat.“***

Ex-CIA-Direktor Robert Gates über die Mujahedin-Führer

---

Bei der Erstürmung Kabuls durch die Mujahedin kam es zu Kämpfen zwischen den Gruppen. Nur mit Mühe einigten sich die Fraktionen auf eine gemeinsame Übergangsregierung. Erster Präsident der „Islamischen Republik Afghanistan“ wurde am 28. April 1992 Sibgatullah Mojadeddi, ein islamischer Gelehrter und Führer einer kleineren Mujahedin-Partei. Die Koalition der Mujahedin war jedoch zerfallen und Afghanistan in Machtbereiche der Milizen aufgeteilt. Im Land gaben nun die Warlords den Ton an. Zentrum der Kämpfe war Kabul, das zwischen 1992 und 1996 in Schutt und Asche gelegt wurde.

### **Aufstieg und Fall der Taliban**

Die Taliban formierten sich als Gruppe ab 1993 im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet. Ihre radikal-islamische Ausrichtung war dem in Saudi-Arabien praktizierten sunnitischen Wahabismus nicht unähnlich. Pakistan und Saudi-Arabien förderten sie nach Kräften.

Es gelang den Taliban, sich 1994 in Südafghanistan festzusetzen und am 27. September 1996 eroberten sie Kabul. Ihre Gegner mussten sich nach Norden zurückziehen und schlossen sich zur so genannten Nordallianz zusammen.

Der Führer der Taliban, Mullah Mohammed Omar,

“Aus Copyright-Gründen ist dieses Foto nur in der Hardcopy verfügbar”

Taliban-Kämpfer feiern die Eroberung Kabuls im Präsidentenpalast

ging eine enge Allianz mit Osama bin Laden und dessen al Kaida ein. Bin Laden unterstützte die Taliban finanziell und mit Kämpfern, die Taliban duldeten Ausbildungslager der al Kaida auf von ihnen beherrschtem Gebiet. Jüngste Schätzungen gehen von mehr als 100.000 in dieser Zeit ausgebildeten Kämpfern

„*They were my buddies... They were good people.*“

Afghanistans Präsident Hamid Karzai über sein ursprüngliches Verhältnis zu den Taliban.

aus der ganzen Welt aus. Sie weigerten sich auch, bin Laden nach den Anschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania am 7. August 1998 an die USA auszuliefern.

Die Nordallianz erhielt nur geringe Unterstützung aus dem Iran und Russland und wurde nach dem Verlust Kabuls stetig zurückgedrängt. Zum Zeitpunkt der Anschläge am 11. September 2001 beherrschten die Taliban etwa 90 Prozent Afghanistans. Zwei Tage vor den Anschlägen in New York und Washington, am 9. September 2001, wurde Ahmed Schah Massud

von zwei mutmaßlichen al Kaida-Mitgliedern durch einen Selbstmordanschlag getötet. Die Nordallianz verlor dadurch ihren fähigsten Militärführer und eine Symbolfigur.

Nach den Anschlägen am 11. September forderten die USA von den Taliban erneut die Auslieferung Osama bin Ladens. Als dies abgelehnt wurde, beschloss die US-Regierung eine militärische Intervention, um das Taliban-Regime zu beseitigen. So sollten die Voraussetzungen für eine Vertreibung der al Kaida aus Afghanistan geschaffen werden.

Am 7. Oktober 2001 begann die US-geführte Intervention – die Operation Enduring Freedom (OEF). Die Koalitionstruppen waren mit der Nordallianz verbündet. Die Front der Taliban brach rasch zusammen. Am 12. November eroberten Milizen der Nordallianz Kabul. Auch nach dem Fall des Taliban-Regimes wurden mehrere größere Operationen durchgeführt. Am 1. Mai 2003 erklärten US-Verteidigungsminister Rumsfeld und der afghanische Präsident Hamid Karzai die Hauptkampfhandlungen für beendet. Kleinere Operationen gegen die wiedererstarkenden Taliban und al Kaida werden weiterhin durchgeführt.

## Neubeginn durch das Bonner Abkommen

Nach dem Ende der Taliban-Herrschaft galt es, ein Machtvakuum in Kabul zu verhindern. Der UN-Sonderbotschafter für Afghanistan, Lakhdar Brahimi, berief für 27. November 2001 eine Konferenz afghanischer Taliban-Gegner auf dem Petersberg bei Bonn ein. Unter massivem Druck der UNO und der USA einigten sich die Teilnehmer in einem Abkommen am 5. Dezember auf einen Zeitplan für den politischen Wiederaufbau des Landes und eine Übergangsregierung. Diese nahm unter Vorsitz von Hamid Karzai, der auch das Amt des Interimspräsidenten übernahm, am 22. Dezember ihre Arbeit auf.

Das Bonner Abkommen sah weiters vor, dass eine außerordentliche Große Ratsversammlung (Loya Jirga) binnen sechs Monaten eine Übergangsregierung wählen sollte. Innerhalb von 18 Monaten nach Amtsübernahme durch diese Übergangsregierung sollte eine verfassungsgebende Loya Jirga abgehalten werden. Auch die Einrichtung mehrerer Kommissionen zur Behandlung wichtiger Fragen war vorgesehen. Schließlich sollten alle bewaffneten Gruppierungen unter die Kontrolle und das Kommando der Interimsregierung gestellt werden.

In Anhängen wurde die internationale Gemeinschaft um Hilfe beim Wiederaufbau gebeten. Afghanistan brauchte vor allem Unterstützung beim Aufbau und der Ausbildung neuer Sicherheitskräfte. Weiters wurde der UN-Sicherheitsrat gebeten, die Aufstellung einer Sicherheitstruppe zu autorisieren. Ein weiterer Anhang sah eine unterstützende und überwachende Rolle eines UN-Sonderbeauftragten bei der Umsetzung des Abkommens vor.

### **Internationale Hilfe**

Die UNO reagierte rasch: Anfang 2002 nahm die International Security Assistance Force (ISAF) ihre Arbeit auf. Die Truppe sollte nur die Sicherheit in Kabul und Umgebung gewährleisten, um der afghanischen Übergangsregierung und UNO-Mitarbeitern die Arbeit zu ermöglichen. Als zivile Ergänzung wurde im März die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) ins Leben gerufen. Sie sollte die humanitären und Wiederaufbau-Aktivitäten der UNO in Afghanistan integrieren und verwalten sowie mit der Regierung in Kabul koordinieren. Weiters sollte sie die nationale Versöhnung fördern sowie die Umsetzung des Bonner

Abkommens unterstützen und überwachen.

ISAF und UNAMA sollen die Regierung in Kabul bei Befriedung und Wiederaufbau des Landes nur unterstützen. Der Begriff „assistance“ in beiden Namen weist deutlich darauf hin. Ein dominierendes Engagement der internationalen Gemeinschaft sollte vermieden werden. Stattdessen sollten die Afghanen den Wiederaufbau weitgehend selbst in die Hand nehmen. Brahimi prägte dafür den Begriff „light footprint“-Ansatz: die UNO sollte möglichst geringe Spuren hinterlassen.

### **Militärischer Schutz für das Land**

Die Sollstärke der ISAF lag ursprünglich bei etwa 6.400 Mann aus allen NATO-Staaten und elf weiteren Ländern. Die Stärke erhöhte sich dann auf etwa 8.000 Mann, zur Sicherung der Präsidentschafts- und der Parlamentswahlen wurde die Truppe weiter verstärkt. Ursprünglich wechselte die Führung der ISAF alle sechs Monate. Immer wieder ein Land zu finden, das bereit und in der Lage war, die Führung zu übernehmen, erwies sich als schwierig. Weiters musste alle sechs Monate ein neues Hauptquartier eingerichtet werden, was die Aufgabe nicht erleichterte. Daher wurde die Führung der ISAF im August 2003 an die NATO übergeben.

Durch die Übernahme des Kommandos durch die NATO wurden Überlegungen intensiviert, ISAF-Einheiten auch außerhalb Kabuls zu stationieren. Die afghanische Regierung hatte diesen Schritt schon zuvor befürwortet. Am 13. Oktober 2003 erweiterte der UN-Sicherheitsrat das Mandat der ISAF auf ganz Afghanistan.

Seitdem sieht die ISAF ihre Aufgabe in der Unterstützung der afghanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft in der Aufrechterhaltung der Sicherheit in ihrem Operationsgebiet. Die Autorität der Zentralregierung soll ausgeweitet werden, und durch ein sicheres Umfeld sollen freie und faire Wahlen, Rechtssicherheit und Wiederaufbau gewährleistet werden.

Es existieren Überlegungen innerhalb der NATO, das Peacekeeping der ISAF und den Kampfauftrag der Operation Enduring Freedom (OEF) zu kombinieren. Im Februar 2005 erklärten NATO und USA, eventuell schon 2006 die beiden Missionen zusammenzulegen. Allerdings sind einige NATO-Staaten, vor allem Frankreich und Deutschland, nicht gewillt, von



Peacekeeping zu einem Kampfauftrag überzugehen. Einige Befehlshaber der US-Streitkräfte bezweifeln auch die Fähigkeit der NATO, einen solchen Kampfauftrag ausführen zu können.

### **Österreichs Beteiligung an der ISAF**

Die österreichische Bundesregierung genehmigte die Teilnahme von Einheiten des Bundesheeres am 8. Jänner 2002. In zwei Kontingenten wurden rund 170 österreichische Soldaten nach Afghanistan entsandt und in das deutsche Kontingent integriert.

Neben ihrer militärischen Sicherungsaufgabe führten die Österreicher in Kabul auch eine Reihe von Wiederaufbauprojekten durch. Die Soldaten organisierten dabei gemeinsam mit ihren deutschen Partnern nicht nur die Geldmittel aus nationalen Quellen, EU-Mitteln und privaten Spenden. Sie erstellten auch Finanzierungspläne, organisierten Ausschreibungen und kontrollierten die Bauabläufe. Auf diese Weise wurden Brunnen geschlagen, Schulen, Kindergärten, Polizeiwachzimmer und Ambulanzen neu errichtet bzw. wieder in Stand gesetzt.

Am 11. Dezember 2002 zog Österreich den Großteil seiner Soldaten aus Kabul ab. Fünf Mann verblieben auf Beschluss der Bundesregierung in Stabsfunktionen mit dem Auftrag, die afghanische Interimsbehörde bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Kabul und Umgebung zu unterstützen. Mit Abgabe des Kommandos

von Deutschland und der Niederlande an die NATO im August 2003 wurde auch das österreichische Kontingent aus Afghanistan zurückgeholt. Nach mehrmonatiger Unterbrechung waren seit Anfang April 2004 wieder vier österreichische Stabsoffiziere im Hauptquartier der Kabul Multinational Brigade tätig.

Seit Juli 2005 nimmt Österreich wieder mit einer größeren Einheit an der ISAF teil. Um die Sicherheit der Parlamentswahlen am 18. September 2005 zu gewährleisten, wurde die Schutztruppe um etwa 3.500 Mann verstärkt. Österreich beteiligt sich mit einem Kontingent von 93 Mann, die im Rahmen des deutschen Provincial Reconstruction Teams (PRT) im Raum Kunduz in Nordafghanistan stationiert sind. Die Lage in diesem Gebiet gilt als instabil, aber ruhig. Weiters sind zwei Mann dem ISAF-Hauptquartier zugeteilt. Voraussichtlich werden die Soldaten bis Oktober in Afghanistan bleiben, eine Verlängerung des Engagements ist jedoch nicht ausgeschlossen.

### **Hilfe beim Wiederaufbau des Staates**

Da Afghanistan nach beinahe einem Vierteljahrhundert Krieg und Bürgerkrieg nicht über die Mittel für den Wiederaufbau verfügte, traten Geberländer in Tokio zusammen. Auf dieser Konferenz im Jänner 2002 wurde Wiederaufbauhilfe in Höhe von insgesamt 4,5 Milliarden Dollar zugesagt.



Foto: BMLV/Hartl

Österreichische ISAF-Soldaten auf Patrouille in Kabul



Weil die Regierung in Kabul nur wenig Macht und Autorität hatte, drängten vor allem die USA auf eine Reform des Sicherheitssektors im Land. Am 3. April 2002 einigten sich die USA und mehrere andere Länder auf einer Konferenz in Genf auf ein Fünf Säulen-Konzept, nach dem jeweils eine „lead nation“ die Leitung in einem Bereich übernehmen sollte. Die USA sollten den Aufbau einer neuen Armee übernehmen, Deutschland die Polizei und Italien die Reform des Rechtsbereiches. Die Produktion von Drogen wurde als schwerwiegendes Problem in Afghanistan erachtet und daher deren Bekämpfung als eigener Bereich mit der „lead nation“ Großbritannien eingerichtet. Als ebenso wichtig wurde die Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Exkombattanten eingestuft. Hier sollte Japan als „lead nation“ tätig werden. Die einzelnen „lead nations“ sind in ihren jeweiligen Bereichen weitgehend unabhängig. Die UNO hat kein Mandat zur Koordination der Aktivitäten. Neben den ungünstigen Voraussetzungen im Land selbst hat dieser Umstand die Bemühungen zum Wiederaufbau spürbar erschwert.

### ***Provincial Reconstruction Teams***

Im Laufe des Jahres 2002 erkannte das US-Militär, dass die OEF als rein militärisches Unternehmen nicht erfolgreich sein konnte. Einerseits stieg der Unmut in der afghanischen Bevölkerung über die Operation, andererseits war ihr Ziel – die dauerhafte Befriedung des Landes – ohne Normalisierung des Alltags nicht erreichbar. Durch einen erfolgreichen Wiederaufbau auch außerhalb Kabuls sollte den Widerstandskämpfern die Sympathie der Zivilbevölkerung und damit die Basis entzogen werden. Durch die Stabilisierung der Lage würde auch die Autorität der Zentralregierung in Kabul steigen, wodurch das Land vor dem erneuten Zerfall bewahrt werden könnte.

Das Ergebnis dieser Überlegungen war das Konzept der Provincial Reconstruction Teams (PRTs), das ab Anfang 2003 umgesetzt wurde. Es handelte sich dabei um die Schaffung von „Inseln der Sicherheit“ unter Kontrolle und Führung der US-Armee, durch die effektive Aufbauarbeit ermöglicht werden sollte. Die Einbindung der Bevölkerung in die Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten sollte deren Zustimmung sicherstellen. Gewährung von Nothilfe, Schutz und Logistik für Helfer wurden als weitere Aufgaben der PRTs genannt. Durch die Schaffung von Sicherheit und Stabilität sowie wirtschaftlichen Aufbau sollte

das „Nation Building“ in Afghanistan vorangetrieben werden. Ein weiterer Bestandteil der PRTs war Personal des afghanischen Innenministeriums, das die Autorität der Zentralregierung in Kabul ausweiten sollte.

Die Einrichtung der ersten PRTs stieß in Afghanistan bei Regierung und Bevölkerung überwiegend auf Zustimmung. Internationale Hilfsorganisationen reagierten jedoch aufgrund ihres militärischen Charakters überwiegend kritisch auf die Einrichtung der US-PRTs. Allerdings verurteilten sie den PRT-Plan nicht gänzlich – eine klare Abgrenzung zwischen zivilem und militärischem Bereich sollte Kritikpunkte beseitigen. Die UNAMA lehnte eine parallele Koordinationsstruktur für internationale Hilfe ab, allerdings erkannte UN-Generalsekretär Kofi Annan positive Auswirkungen der PRTs an.

Die praktische Umsetzung des PRT-Konzepts der USA widerspricht jedoch den Zielen der Intervention in Afghanistan. Einerseits sollen die PRTs die Kontrolle der Regierung in Kabul ausweiten und stärken, andererseits sollen die Streitkräfte einen erfolgreichen „War on Terror“ führen. Dazu werden jedoch auch lokale Warlords mit Waffen und Geld unterstützt, was die Position der Zentralregierung natürlich nicht stärkt.

### ***Weiterentwicklung des Konzeptes...***

Auf Ersuchen der USA übernahm Großbritannien schon Mitte 2003 das PRT von Mazar-e-Sharif im Norden Afghanistans. Auch dieses steht unter militärischer Führung, allerdings sind auch Soldaten aus anderen Ländern, vor allem aus Skandinavien, beteiligt. Zusätzlich sind zivile Mitarbeiter der Regierungen Afghanistans, Großbritanniens und der USA sowie internationale und afghanische Helfer integriert.

Unter anderem als Reaktion auf die Kritik am US-Konzept entwickelte Großbritannien ein eigenes Konzept für sein PRT. Im Unterschied zum US-Ansatz konzentriert sich das Militär hier auf die Gewährleistung von Sicherheit und hält sich bei der Durchführung ziviler Projekte zurück. Die Soldaten sind nur an wenigen Wiederaufbaumaßnahmen direkt beteiligt, so zum Beispiel der Instandsetzung von Polizeistationen. Im Zentrum des britischen PRTs steht intensiver Kontakt mit der Bevölkerung und lokalen Autoritäten durch „Military Observation Teams“ (MOTs). Diese patrouillieren durch die Region und halten die Kontakte aufrecht. Nach der Rückkehr der MOTs werden die Informationen ausgewertet und mögliche Projekte

von zivilen Mitarbeitern geprüft. In Abstimmung mit der UNAMA und der afghanischen Regierung wird dann eine Hilfsorganisation beauftragt, ein Projekt umzusetzen.

Die Arbeit der MOTs findet bei der Bevölkerung positiven Widerhall, auch wenn es anfangs aufgrund der längeren Vorlaufzeit für Projekte Enttäuschung gab. Um übertriebene Erwartungen zu verhindern, dürfen MOTs keine Versprechungen zu Projekten oder Hilfsleistungen machen. Auch sind sich die Afghanen im Klaren darüber, dass die PRT-Soldaten nicht selbst Sicherheit garantieren können. Sie sollen Sicherheit durch Vermittlung und Unterstützung ermöglichen.

Die UNAMA und NGOs standen dem britischen PRT anfangs skeptisch gegenüber, änderten jedoch ihre Meinung. Die britischen Soldaten werden den Anforderungen eines PRTs besser gerecht als amerikanische, da sie auch in polizeilichen Aufgaben und Peacekeeping ausgebildet wurden. Weiters sind sie meistens unbewaffnet und haben nicht vorher bzw. gleichzeitig an Kampfhandlungen der Anti-Terror-Operation teilgenommen.

Wie bei anderen PRTs stehen auch die Briten vor dem Problem, dass lokale Warlords versuchen, sie durch Kooperation zur Legitimierung ihrer Macht zu benutzen. Um diesem Problem entgegenzutreten, soll im britischen PRT in Zukunft der Repräsentant der afghanischen Regierung zunehmend den Dialog mit den örtlichen Machthabern von den Briten übernehmen.

### ***...und neue Schwerpunkte***

Nach der Ausweitung des Mandats der ISAF auf ganz Afghanistan durch den UN-Sicherheitsrat im Oktober 2003 konnten auch ISAF-PRTs eingerichtet werden. Deutschland entsandte zusätzlich 450 Mann, die das bisher von den USA geführte PRT in Kunduz übernahmen. Es handelte sich dabei nicht nur um einen Wechsel in der Führung des PRTs, sondern auch um die Umsetzung eines neuen Konzepts.

Im Gegensatz zu den PRTs unter britischer und US-Führung lag der von Deutschland geführten Mission ein ressortübergreifendes Programm zugrunde. Nicht militärische Erwägungen, sondern ein umfassendes Engagement mit kurz-, mittel- und langfristiger Wirksamkeit stand hier im Vordergrund. In Deutschland steuert eine interministerielle Arbeitsgruppe den Einsatz in wöchentlichen Treffen. Geleitet wird das PRT von einer zivil-militärischen Doppelspitze. Im PRT selbst finden regelmäßig Abstimmungsgespräche

statt, an denen auch Vertreter der Ministerien vor Ort teilnehmen.

Da im von Deutschland geführten PRT Wiederaufbau und „Nation Building“ im Vordergrund stehen, soll die militärische Präsenz möglichst niedrig gehalten werden. Deutsche Soldaten sollen durch rege Patrouillentätigkeit das Gefühl der Sicherheit in der Bevölkerung erhöhen. Ähnlich den MOTs im britischen PRT sollen diese Patrouillen Kontakte aufrechterhalten und örtliche Gegebenheiten feststellen. In der Regel sind auch zivile Aufbauhelfer Teil der Teams. Auch hier geht es nicht nur um Sicherheit, sondern auch um die Vorbereitung von Projekten.

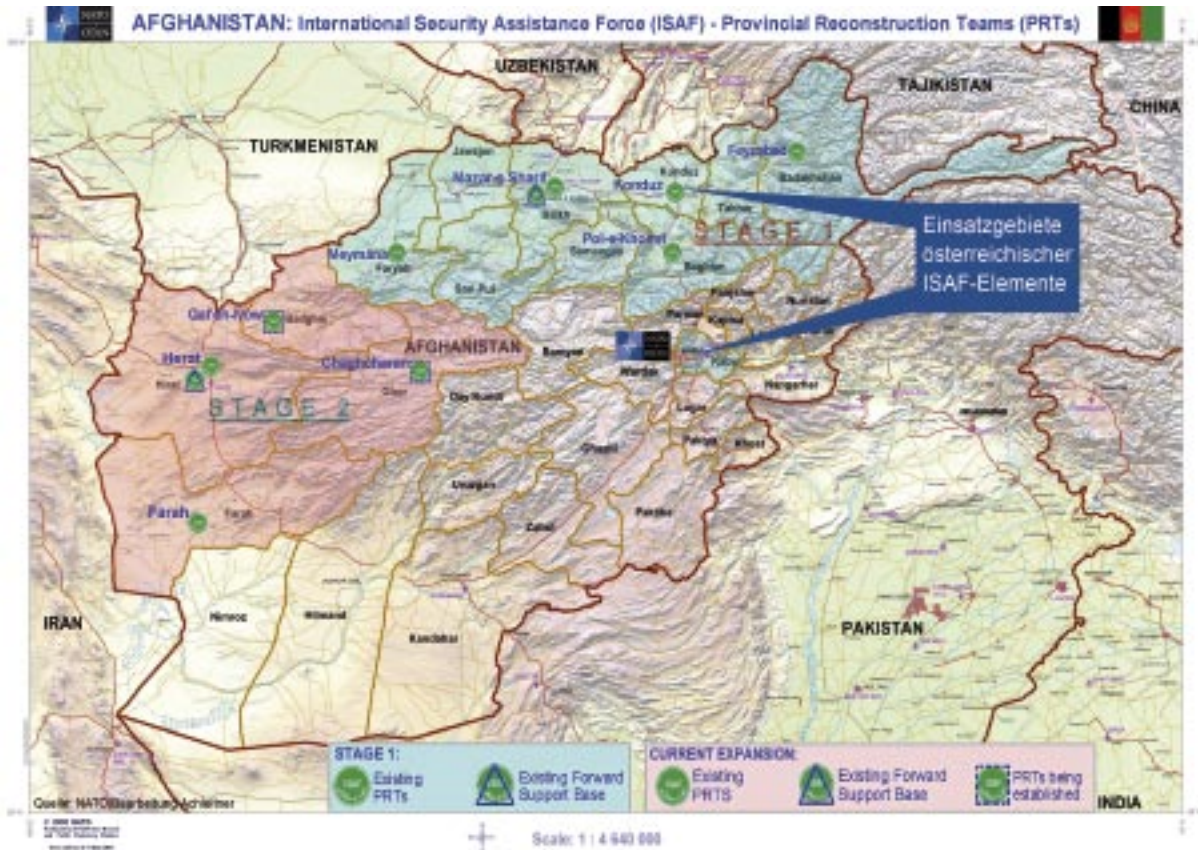
Die Reaktionen auf das deutsche Engagement waren in Afghanistan sehr positiv. Die Regierung in Kabul hofft auf die Duplizierung des Modells Kunduz in anderen Provinzen. Die Bevölkerung wendet sich oft mit unterschiedlichsten Anliegen an das PRT, was als Ausdruck des Vertrauens gewertet wird.

Die Hilfsorganisationen begrüßten zwar die Ausweitung des ISAF-Mandats auf ganz Afghanistan, kritisierten jedoch das deutsche PRT-Konzept. Wie beim britischen und US-Modell war die Rolle des Militärs umstritten. Allerdings wird das Verhältnis zwischen PRT und Hilfsorganisationen von allen Beteiligten positiv bewertet.

Die Problematik der Zusammenarbeit mit den Warlords ist aber auch hier gegeben. Die relative militärische Schwäche der Bundeswehr im PRT macht eine Beteiligung der Soldaten an der Drogenbekämpfung unmöglich. Das Drogengeschäft wird von den örtlichen Warlords kontrolliert, und diese dulden das PRT nur, solange es nicht gegen sie vorgeht.

Das PRT-Konzept entstand auch aus der Notwendigkeit, mit geringen Kräften möglichst flächendeckend wirksam zu werden. Ein Einsatz wie im Kosovo 1999 würde weit mehr als 100.000 Soldaten erfordern - völlig undenkbar angesichts weiterer Krisenherde und überstrapazierter Truppensteller. PRTs sind daher eine Kompromisslösung - „Inseln der Sicherheit“ sollen der afghanischen Regierung ermöglichen, an einigen Punkten im Land Fuß zu fassen. Später soll sie ihre Autorität über ganz Afghanistan ausdehnen können. Problematisch ist, dass die PRTs von der Duldung örtlicher Warlords abhängig sind, die kein Interesse an einer starken Zentralregierung haben.

Den deutschen, britischen und US-amerikanischen PRT-Konzepten liegt kein einheitlicher Plan zugrunde. Alle drei wählten unterschiedliche Modelle, basierend



auf ihren spezifischen Militärdoktrinen, institutionellen Voraussetzungen und dem jeweiligen nationalen Denken über das richtige Vorgehen bei Krisenprävention und Wiederaufbau. Das Fehlen einer Einheitlichkeit ist jedoch nicht unbedingt ein Nachteil. Bei der Errichtung von PRTs kann flexibel auf lokale Bedingungen reagiert werden.

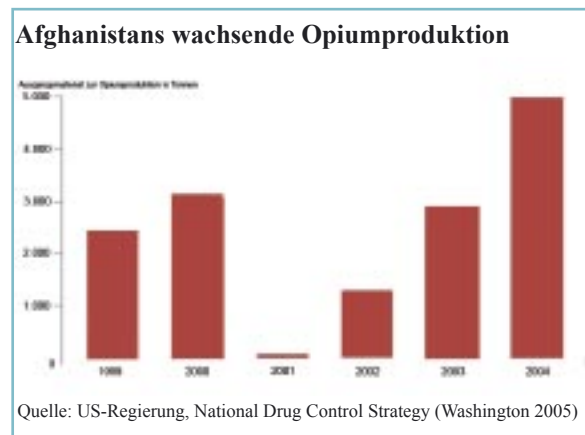
Längerfristig wird es jedoch notwendig sein, alle PRT-Konzepte in eine Gesamtstrategie einzubinden. Weitere Staaten planen PRTs, wodurch Zersplitterung und Reibungsverluste drohen. Teil dieser Gesamtstrategie müssen auch die Aktivitäten der UNAMA und der NGOs sein. Eine erste Maßnahme ist die schrittweise Übernahme aller PRTs durch die ISAF.

**Hauptexportgut: Drogen**

Opiumanbau und Drogenhandel sind nach wie vor die lukrativsten Geschäftszweige in Afghanistan. Das Land deckt zu über 80 Prozent den Weltbedarf an Opium und Heroin. Nach Schätzungen des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) konnten 2004 mit Opium 4.600 US-Dollar pro Hektar Anbaufläche verdient werden, mit Weizen jedoch nur 390 US-Dollar. Die Opiumindustrie Afghanistans besteht im

Wesentlichen aus drei Gruppen, nämlich:

- den Bauern, die mit illegalem Schlafmohnanbau ihren Lebensunterhalt bestreiten, da sie mit legalen Saaten nicht genug für die Ernährung ihrer Familien verdienen;
- den Landbesitzern, die den Bauern Geld für die Saat leihen;
- den Drogenbaronen, die mit der Weiterverarbeitung des Opiums und dem Export Milliarden verdienen.



Schlafmohn wird in allen Provinzen des Landes angebaut – laut US-Außenministerium 2004 auf über



200.000 Hektar. Aus der Ernte könnten fast 5.000 Tonnen Opium hergestellt werden, woraus man etwa 580 Tonnen Heroin gewinnen könnte.

Zum Vergleich: Kolumbien und Mexiko produzierten 2003 etwa 22 Tonnen reines Heroin, womit die Nachfrage nach der Droge in den USA bei weitem gedeckt werden konnte. Die gesteigerte Produktion ist nicht nur für die USA eine Gefahr, sondern besonders für Europa: Fast 90 Prozent des hier konsumierten Heroins stammt aus Afghanistan.

Das UNODC schätzt den Umfang des Opiumhandels in Afghanistan auf knapp unter drei Milliarden US-Dollar - das sind etwa 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Da das Land nur über wenig Industrie verfügt und Importe aus Pakistan billiger sind als Eigenprodukte, macht der Opiumhandel einen Großteil der afghanischen Wirtschaft aus.

***„It would be a historical error to abandon Afghanistan to opium, right after we reclaimed it from the Taliban and Al-Qaida.“***

Antonio Maria Costa, Executive Director der UNODC

Afghanistan hat während der letzten zehn bis 15 Jahre den traditionellen Anbaugebieten in Südostasien den Rang als größter Opiumproduzent abgelaufen. Während des Bürgerkrieges nach dem Abzug der sowjetischen Truppen finanzierten sich alle Gruppen vor allem durch Drogenanbau und -handel. Auch die 2001 mit den USA verbündeten Gruppen der Nordallianz waren und sind auf diesem Gebiet tätig. Die Taliban senkten zwar in den von ihnen kontrollierten Gebieten den Anbau von Schlafmohn mit brutalen Methoden drastisch, allerdings waren wahrscheinlich die vollen Lager der Grund für die Maßnahmen. Durch die Verringerung des Angebotes sollte der Preis für Opium hochgetrieben werden.

Der Drogenhandel in Afghanistan und die damit verbundene organisierte Kriminalität fördern Korruption und gefährden den Rechtsstaat. Besonders Warlords sind in den Drogenhandel verwickelt und die Gewinne aus diesen Geschäften sind die Basis ihrer Macht. Der Kampf gegen Drogen ist daher wichtig für die Stärkung der Zentralregierung in Kabul. Gerade im Bereich Drogenbekämpfung zeigt sich, dass die fünf Säulen der Sicherheitssektorreform ein integriertes Ganzes darstellen: Durch Polizei- und Rechtsreform sollen die afghanischen Behörden in die Lage versetzt werden, effizient, aber unter Wahrung rechtsstaatlicher

Grundlagen gegen die Opiumproduktion vorzugehen. Die gesellschaftliche Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer macht diese von ihren Warlords unabhängig, wodurch auch deren Privatarmeen schrumpfen.

Die Bekämpfung des Drogenanbaus stellt ein komplexes Problem dar. Solange den Drogenbauern keine lebensstaugliche Alternative geboten wird, greift jede Vernichtungsaktion zu kurz. Das aktuelle Vorgehen mit Pflanzengiften gegen Schlafmohnfelder nützt eher den Drogenbaronen, da die Opiumernten der letzten Jahre sehr gut waren und die Vorratslager noch gefüllt sind. Der Preis für Rohopium lag 2004 nur mehr bei etwa 90 US-Dollar. Kaum war die Vernichtungsaktion angekündigt, stieg der Preis und 2005 wird mit 1000 US-Dollar pro Kilogramm gerechnet.

Der Nutzen der Vernichtungsaktion ist daher vorerst fraglich – sie erhöht die Gewinne der Drogenbarone und zerstört die Lebensgrundlage der Bauern. Es besteht jedoch durchaus die Möglichkeit, die Bauern zu unterstützen und dem illegalen Drogenhandel in Afghanistan die Grundlage zu entziehen: Bei einer UNO-Konferenz in Wien im März 2005 wurde der Vorschlag begrüßt, in Afghanistan unter UNO-Lizenz Schlafmohn für medizinische Zwecke legal anzubauen. Der weltweite Bedarf an Rohopium zur Herstellung von Schmerzmitteln beläuft sich im Moment auf 10.000 Tonnen, also doppelt so viel, wie Afghanistan derzeit produzieren könnte.

## Verfassung und Wahlen

Afghanistan hatte in der Vergangenheit nur ansatzweise demokratische Strukturen. Zwar wurde 1964 eine Verfassung verabschiedet, die ein frei gewähltes Parlament vorsah, doch blieb dieses schwach. Der Ansatz eines westlichen Parlamentarismus fand mit dem Putsch Mohammed Dauds am 17. Juli 1973 ein Ende. Die Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, in Afghanistan eine Demokratie zu etablieren, sind auch ein Bruch mit alten Traditionen. Daher sind auf dem Weg noch viele Hindernisse zu überwinden.

Wie im Bonner Abkommen vorgesehen, wurden zwei Loya Jirgas abgehalten, um eine Übergangsregierung und eine Verfassung zu schaffen. Beide Versammlungen liefen ordnungsgemäß ab, obwohl es Kritik an der Einflussnahme der USA gab. Die im Bonner Abkommen vorgesehenen Kommissionen nahmen, wenn auch mit Verspätung, ihre Arbeit auf.

Die Verfassung wurde am 4. Jänner 2004 von einer

Loya Jirga beschlossen. Sie sieht einen Präsidenten, der gleichzeitig Vorsitzender der Regierung ist, und ein Zweikammern-Parlament vor:

Das Unterhaus – die Wolesi Jirga – besteht aus 249 gewählten Abgeordneten. Die Wahlen sollen, wenn möglich, gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen stattfinden.

Das Oberhaus – die Meshrano Jirga – setzt sich aus 102 Abgeordneten zusammen. Die 34 Provinzparlamente entsenden je einen Vertreter, weitere 34 Abgeordnete werden von den knapp 400 Bezirksparlamenten entsandt, der Präsident ernennt weitere 34 Abgeordnete. Provinz- und Bezirkswahlen sollen, wenn möglich, zugleich mit den Parlamentswahlen stattfinden. Die Verfassung sieht keine bedeutenden Kompetenzen für die Provinz- und Bezirksparlamente vor, es wird jedoch erwartet, dass sie in ihren Bereichen öffentliche Dienstleistungen erbringen und auch lokale Steuern erheben können.

Das Parlament hat das Recht, bestimmte Personalentscheidungen des Präsidenten abzulehnen. Weiters kann es ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten einleiten. Die Verfassung beruft sich auf die UN-Charta und schließt Diskriminierungen jeder Art aus. Allerdings dürfen weder die Satzungen von Parteien, noch Gesetze im Widerspruch zu den Prinzipien des Islam stehen. Hier könnten sich Widersprüche mit westlichen Vorstellungen ergeben.

In der Wolesi Jirga sollen mindestens 68 Mandate von Frauen besetzt werden, was etwa einem Anteil von 25 Prozent entspricht.

Bei den Wahlen erhalten daher in jeder Provinz die zwei Frauen mit dem höchsten Stimmenanteil automatisch einen Sitz im Unterhaus. Im Oberhaus müssen mindestens 17 der 34 vom Präsidenten ernannten Abgeordneten Frauen sein.

### **Vorerst nur Präsidentschaftswahlen**

Nach der Verabschiedung der Verfassung wurden Anstrengungen unternommen, um die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wie vorgesehen im Juni 2004 durchzuführen. Allerdings zeigte sich, dass dieser Zeitrahmen zu eng war und überdies die Parlamentswahlen schwieriger zu organisieren waren als erwartet. Als Termin für die Präsidentschaftswahlen wurde daher der 9. Oktober 2004 festgelegt. Die

Parlaments-, Provinz- und Bezirkswahlen wurden auf April/Mai 2005 verschoben.

Die Registrierung der Wähler wurde fortgesetzt, die schlechte Sicherheitslage und Gewalt gegen Mitarbeiter der Kommissionen erschwerten jedoch die Arbeit. Eine weitere Schwierigkeit war, dass in Afghanistan seit Jahrzehnten keine Volkszählung stattgefunden hatte. Schließlich wurden etwa 10,5 Millionen Wähler registriert. Einigen Berichten zufolge ließen sich Personen mehrmals registrieren. Afghanische Beamte und UNO-Mitarbeiter versicherten jedoch, dass bei der Wahl ein Finger jedes Wählers mit nicht abwaschbarer Farbe eingefärbt würde. Mehrfache Stimmabgabe sollte dadurch unmöglich gemacht werden.

Während des Wahlkampfes kam es zu weniger gewaltsamen Störaktionen als erwartet. Ein Grund dafür dürfte sein, dass sowohl die ISAF als auch die

“Aus Copyright-Gründen ist dieses Foto nur in der Hardcopy verfügbar”

Präsident Hamid Karzai gibt seine Stimme bei den Parlamentswahlen ab

afghanische Armee und Polizei stärker präsent waren. Für den Wahltag wurde die ISAF auf 9.000 Mann verstärkt, und die USA flogen Verstärkungen zum Schutz der Wahl ein. Am Wahltag kam es auch zu keinen nennenswerten Zwischenfällen.

Am 9. Oktober wurden etwa acht Millionen Stimmen abgegeben, das entspricht einer Wahlbeteiligung von etwa 80 Prozent. 400 Wahlbeobachter der OSZE und anderer Gruppen stellten eine ordnungsgemäße Wahl sicher. Allerdings wurden einigen Berichten zufolge Wähler vereinzelt durch Milizionäre eingeschüchert. Vorwürfe des Wahlbetrugs – unter anderem soll die nicht abwaschbare Farbe doch abwaschbar gewesen

sein – wurden nachgeprüft. In einigen Fällen wurden die Vorfälle bestätigt, deren Anzahl war jedoch so gering, dass sie das Wahlergebnis nur unwesentlich beeinflussten. Am 3. November wurde Hamid Karzai mit 55,4 Prozent der Stimmen offiziell zum Sieger erklärt und am 7. Dezember 2004 vereidigt.

### **Bezirkswahlen wieder verschoben**

Die Parlaments- und Provinzwahlen fanden am 18. September 2005 statt. Die für denselben Termin vorgesehenen Bezirkswahlen mussten auf 2006 verschoben werden, da die genauen Grenzen der Bezirke noch nicht feststehen. Deren Festlegung hat jedoch starken Einfluss auf das Wahlergebnis in den einzelnen Bezirken. Durch die Verschiebung können die 34 Sitze der Vertreter der Bezirke in der Meshrano Jirga nicht vergeben werden. Das Oberhaus wird nur 51 Sitze umfassen, da auch nur 17 Abgeordnete vom Präsidenten ernannt werden.

OSZE und EU entsandten Wahlbeobachter – sollten die Wahlen weitgehend frei von Manipulationsverdacht abgewickelt werden können, würde dies die Legitimität des Parlaments erhöhen. Polizei und Armee Afghanistans sollten durch erhöhte Präsenz für Sicherheit sorgen. Die ISAF verstärkte ihre Einheiten um 3.500 Mann auf 12.000, auch die USA verlegten zusätzliche Truppen nach Afghanistan. Trotzdem starben bei Anschlägen und Gefechten in den sechs Monaten vor der Wahl über 1.000 Personen.

Die Wahlbeteiligung lag Beobachtern zufolge bei 50 Prozent, bei den Präsidentschaftswahlen war sie noch bei 70 Prozent gelegen. Unter den gegebenen Umständen kann dies jedoch als Erfolg bezeichnet werden. In Anbetracht der Lage im Land lief die Wahl relativ ordnungsgemäß ab. Aufgrund des Wahlsystems und der schlechten Verkehrswege wurde das endgültige Wahlergebnis für den 22. Oktober 2005 erwartet. Zum Zeitpunkt der Drucklegung lag das Ergebnis noch nicht vor.

Mit den Parlamentswahlen ist der im Bonner Abkommen vorgesehene Demokratisierungsprozess weitgehend abgeschlossen. Von einem Rechtsstaat und einer Demokratie westlicher Art ist Afghanistan jedoch noch weit entfernt. Polizei und Justiz sind noch schwach und im Aufbau begriffen, die politischen Institutionen sind nicht fest verankert. In weiten Teilen des Landes besitzt die Regierung keine Autorität – Warlords und Widerstandskämpfer haben unverändert das Sagen. Für den Großteil der Bevölkerung verbessern sich die

Lebensumstände nur schleppend. Afghanistan steht heute jedoch besser da als vor vier Jahren – nur wenige wünschen sich die Herrschaft der Taliban zurück. Das Land wird jedoch noch lange Zeit auf ausländische Hilfe angewiesen sein.

Die weitere Entwicklung Afghanistans wird daher maßgeblich vom Engagement der internationalen Gemeinschaft abhängen. Ein vorzeitiger Rückzug oder eine starke Reduktion der Aufbaumittel würde die bisherigen Erfolge zunichte machen. Darüber hinaus würden modernisierungsfeindliche und fundamentalistische Kräfte aufwind erhalten, was einen Rückfall in Verhältnisse und Zustände wie vor 2001 erwarten ließe.

Nachdem das nicht im geringsten im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft sein kann, wird wohl auch kein Weg an einem zukünftigen starken Engagement von außen vorbeiführen können. Oder um es anders auszudrücken: "There is no alternative." (© Margaret Thatcher)

## INTERNET-LINKS

### Homepage der Regierung



[www.af](http://www.af)

### UNAMA



[www.unama-afg.org](http://www.unama-afg.org)



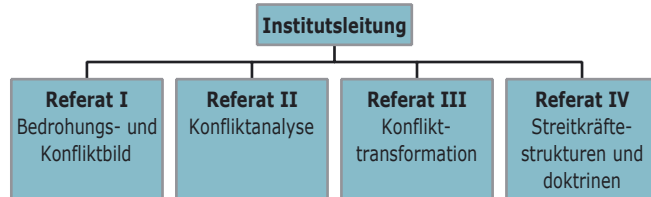
# Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

## Wer sind wir?

Das **Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK)** wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAK) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung,
- Forschung und Lehre,
- Öffentlichkeitsarbeit.

### Referate im Überblick:



**Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

**Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

**Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Nachbereitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

**Streitkräftestrukturen und – Doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

## Was bieten wir?

### Publikationen (Auszug)

- Islam, Islamismus und islamischer Extremismus: Eine Einführung
- From Revolution to Reform: Georgia's Struggle with Democratic Institution Building and Security Sector Reform
- Krisenherd Nordostafrika: Internationale oder afrikanische Verantwortung?
- Transforming National Armed Forces in South East Europe - From the Social to the Military Challenge
- Facing the Terrorist Challenge - Central Asia's Role in Regional and International Co-operation
- Through Economy to Democracy and Security? An Integrated Approach to Stability in South East Europe.
- Afrika im Blickfeld: Kriege – Kriege – Perspektiven
- Kurdische Unabhängigkeitsbestrebungen und die irakische Verfassung
- Irak 2003 – Aspekte eines Umbruchs
- From Peace Making to Self Sustaining Peace – International Presence in South East Europe at a Crossroads
- Irak unter Saddam Hussein
- Russland – eine Großmacht?
- Kolumbien zwischen Krieg und Frieden
- 10 Jahre Kriegsverbrechertribunal ICTY
- Ein Jahr „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan
- Crushing Crime in South-East Europe: A Struggle of Domestic, Regional and European Dimensions
- Die NATO und Russland zw. Kooperation und Konfrontation
- Friede im 21. Jahrhundert – eine entwicklungspolitische Herausforderung?
- Security Sector Governance in Southern Caucasus – Challenges and Visions

**IFK aktuell:** Informationsbroschüre, welche Krisen und Konflikte beleuchtet, die auch Auswirkungen auf Österreich haben können.

## Impressum

### **Eigentümer, Verleger und Hersteller:**

LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE  
Bundesministerium für Landesverteidigung  
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
Tel. +43-1-5200-40700

### **Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:**

Brigadier Dr. Walter Feichtinger



Institut für  
Friedenssicherung und  
Konfliktmanagement

### **Gestaltung & Layout:**

Medienstelle der LVAK, Wien  
Martin Hofstädter  
Gfr Stefan Koch  
Alexander Schindler

### **Herstellung:**

Medienstelle/Akademiedruckerei LVAK, Wien  
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

**E-Mail:** lvak.ifk@bmlv.gv.at

## Autoren:



### **Brigadier Mag. Karl WOHLGEMUTH**

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Referats „Streitkräftestruktur und Doktrinen“ am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement; seit 2004 Senior Military Advisor bei der United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA).



### **Mag. Thomas ACHLEITNER**

Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement.

